

**Niederschrift**  
**über die 23. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche**  
**am 16.03.2023**

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 20:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Steve Kuhlmann  
Frau Johanna Weber  
Herr Michael Weber

SPD

Herr Jörg Benesch  
Herr Reinhard Schäfers  
Frau Heidemarie Schönrock-  
Beckmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr André Flöttmann  
Herr Gerd-Peter Grün  
Herr Dr. Alexander Horstmann  
Frau Ruth Wegner

Vorsitz

Die Linke

Herr Bernd Adolph  
Herr Dr. Hartwig Hawerkamp

FDP

Herr Gregor Spalek

AfD

Frau Heliane Ostwald

Von der Verwaltung/Gäste:

Herr Oliver Spree, Amt für Verkehr zu TOP 9  
Herr Andreas Kunert, Amt für Schule und Frau Silke Wehmeier, ISB zu TOPs 13, 14, 15, 16  
Herr Andreas Hansen, Bezirksamt  
Frau Martina Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführung

Entschuldigt fehlt:

Herr Jörn Debener (CDU)  
Frau Heike Peppmüller-Hilker (SPD)  
Herr Stephan Godejohann (B 90/Die Grünen)

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Der Altersvorsitzende Herr Bernd Adolph eröffnet die Sitzung stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 23. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 16.3.2023 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Nach der Wahl (s. TOP 3) übergibt er den Vorsitz an Herrn Bezirksbürgermeister Herrn Ger-Peter Grün. Dieser schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 9, 13, 14, 15 und 16 direkt im Anschluss an TOP 4 vorzuziehen. Die BV Mitglieder stimmen dieser Änderung einstimmig zu.

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Zu Punkt 1 Verabschiedung des Bezirksbürgermeisters und der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin**

Der bisherige Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Martin Sauer (B 90/Die Grünen) und die bisherige stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Frau Susanne Kleinekathöfer (SPD) werden verabschiedet. Beide hatten ihre Ämter aus alters- und gesundheitlichen Gründen zur „Halbzeit“ der Legislaturperiode niedergelegt. Der Altersvorsitzende Bernd Adolph bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und überreicht Urkunden und Münzen zum Abschied.

Frau Kleinekathöfer und Herr Prof. Dr. Sauer loben beide in ihren Abschiedsreden die gute Zusammenarbeit mit den Fraktionen und der Verwaltung. Vieles sei auf den Weg, aber nicht zu Ende gebracht worden. Herr Prof. Dr. Sauer erwähnt die Bebauung des Marktplatzes in Schildesche, die bis heute nicht vorangekommen sei. Auch sei bis heute nicht die lärm-mindernde Maßnahme „Tempo 30“ an der Engerschen Straße angeordnet worden.

Herr Hansen, Herr Adolph (Die Linke), Herr Benesch (SPD) und Frau Wegner (B 90/Die Grünen) und weitere Rednerinnen und Redner bedanken sich bei beiden für die engagierte Arbeit in der Bezirksvertretung.

-.-.-

### **Zu Punkt 2 Einführung und Verpflichtung der neuen Mitglieder**

Herr Dr. Alexander Horstmann (B 90/Die Grünen) wird als Nachfolger des am 15.3.2023 ausgeschiedenen Herrn Prof. Dr. Martin Sauer durch den Altersvorsitzenden Herrn Bernd Adolph (Die Linke) in die Bezirksvertretung eingeführt.

Ebenso wird Herr Reinhard Schäfers (SPD) für die am 15.3.2023 ausgeschiedene Frau Susanne Kleinekathöfer (SPD) eingeführt.

Beide werden zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. Beide bestätigen dies per Handschlag und durch

ihre Unterschrift in der Niederschrift, die die Verpflichtungsformel enthält.

Herr Dr. Horstmann und Herr Schäfers betonen in ihren Begrüßungsreden, dass sie sich auf eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Bezirksvertretung freuen.

-.-.-

### Zu Punkt 3

#### **Wahl der Bezirksbürgermeisterin/des Bezirksbürgermeisters sowie der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin/des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters**

Herr Hansen gibt bekannt, dass ein Vorschlag für die Wahl des Bezirksbürgermeisters/der Bezirksbürgermeisterin und der Stellvertretung vorliegt:

Für die Wahl wurde die **Liste 1** mit folgenden Personen benannt:

Herr Gerd-Peter Grün (Bündnis 90/Die Grünen)  
Frau Heidemarie Schönrock-Beckmann (SPD)

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Nachdem die entsprechenden Stimmzettel „Liste 1“ verteilt worden sind, übernimmt Herr Bernd Adolph (Die Linke) als Dienstältester den Vorsitz für die Wahl. Daraufhin wählen alle Bezirksvertreterinnen und –vertreter geheim und werfen den Stimmzettel in die Wahlurne.

Entschuldigt fehlen Herr Godejohann (B 90/Die Grünen), Herr Debener (CDU) und Frau Peppmüller-Hilker (SPD).

Nach Auszählung der Stimmen gibt Herr Adolph das Ergebnis der Wahl bekannt:

- 14 Stimmen wurden abgegeben
- Alle Stimmen sind gültig
- Für die Liste 1 stimmen mit Ja: 9 Stimmen
- Für die Liste 1 stimmen mit Nein: 4 Stimmen
- Enthaltungen: 1 Stimme

Herr Adolph stellt fest, dass

Herr Gerd-Peter Grün zum Bezirksbürgermeister und Frau Heidemarie Schönrock-Beckmann zur stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin

gewählt sind. Beide werden gefragt, ob sie die Wahl annehmen. Beide erklären, dass sie die Wahl annehmen.

Sodann führt Herr Adolph als Dienstältester Herrn Gerd-Peter Grün als Bezirksbürgermeister in die Bezirksvertretung Schildesche ein und verpflichtet ihn. Die Einführung und Verpflichtung wird durch die Unterschrift von

Herr Grün und Herrn Adolph in der Niederschrift über die Verpflichtung, die die Verpflichtungsformel enthält, bestätigt.

Herr Adolph übergibt nun den Vorsitz an Herrn Bezirksbürgermeister Grün.

Herr Bezirksbürgermeister Grün führt Frau Heidemarie Schönrock-Beckmann als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin in die Bezirksvertretung Schildesche ein und verpflichtet sie. Die Einführung und Verpflichtung wird durch die Unterschriften von Herrn Grün und Frau Schönrock-Beckmann in der Niederschrift über die Verpflichtung, die die Verpflichtungsformel enthält, bestätigt.

-.-.-

## **Zu Punkt 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche**

### **Zu Punkt 4.1 Frage von Frau Yakubovska vom 26.1.2023**

Bürgeranfrage in der Sitzung der BV Schildesche vom 26.01.23 „Hundekotbeutel aus Papier“

Der Umweltbetrieb, Grünunterhaltung teilt hierzu folgendes mit:

Bei den derzeit verwendeten Hundekotbeuteln handelt es sich laut Hersteller um „ökologisch abbaubare Beutel“. Die Beutel zerfallen vollständig unter Einfluss von Sauerstoff und Sonnenlicht und haben eine garantierte Lebensdauer von mindestens zwei Jahren. Das Material ist unempfindlich gegen Feuchtigkeit und quillt nicht bzw. behält seine Reißfestigkeit.

Die Beutel werden in 100-Stück Einheiten geblockt und passen in die Aufhängung der verwendeten Beutelspender. Beim Nachfüllen eines Hundekotbeutelspenders werden zwei Blocks also insgesamt 200 Tüten nachgefüllt.

Nach unseren Recherchen gibt es am Markt keine Beutel aus Papier die diese Eigenschaften aufweisen und die in die vorhandene Aufnahme der Beutelspender passen würden.

Beutel aus Papier sind technisch bedingt deutlich dicker, sodass bei der Nachbefüllung max. 50 bis 100 Stück in die vorhandenen Spender passen würden.

Unsere Mitarbeiter sammeln unkorrekt entsorgte Hundekotbeutel regelmäßig in den Grünanlagen aus der Vegetation. Hierbei ist ein Beutel aus abbaubarem Kunststoff deutlich reißfester und hygienischer als ein aufgeweichter Papierbeutel.

Ein Papierbeutel kostet pro Stück zwischen 20 – 35 Cent, der aktuell verwendet abbaubare Kunststoffbeutel kostet pro Stück unter 0,01 Cent netto.

Die Antwort hat Frau Yakubovska schriftlich erhalten.

-.-.-

**Zu Punkt 4.2 Frage von Herribert Kallfelz, Westerfeldstraße 48 d, 33611 Bielefeld - Erinnerung an Anfrage "Durchfahrt Erdsiek"**

Herr Kallfelz erinnert an seine Frage, die er am 24.2.2022 im Rahmen der Einwohnerfragen gestellt hat. Leider hat er bis heute keine Antwort bekommen.

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, das Amt für Verkehr um eine zügige Beantwortung zu bitten.

-.-.-

**Zu Punkt 4.3 Frage von Herrn Rolf Hagen - geplante Beachvolleyballanlage in Schildesche**

Herr Hagen war mit Kollegen am 1.9.2022 in der Sitzung der BV Schildesche. Die BV habe sich positiv zu den vorgestellten Plänen geäußert, seitdem habe der Verein aber nichts mehr von der BV oder anderen Ämtern der Stadt Bielefeld gehört.

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, beim Sportamt nachzufragen.

-.-.-

**Zu Punkt 4.4 Frage von Herrn Hans-Joachim Dederling – Stadtbahnsituation Beckhausstraße/Deciusstraße**

Herr Dederling macht Vorschläge zur Stadtbahnsituation „Beckhausstraße/Deciusstraße“. Die Vorschläge werden an das Amt für Verkehr mit der Bitte um Überprüfung weitergeleitet.

Anlage: Anschreiben von Herrn Dederling und zwei Fotos.

-.-.-

**Zu Punkt 5 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 26.01.2023**

Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 26.1.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

Zu Punkt 6 - einstimmig beschlossen -  
**Mitteilungen**

### **6.1 Wohnraumbeschaffung in ungenutzten Gebäuden**

Am 24.11.2022 wurde die Anfrage gestellt, ob ungenutzte Gebäude als Wohnraum zur Verfügung gestellt werden können (s. Drucksachen-Nummer 5126/2020-2025). Die Anfrage wurde in der Sitzung am 26.1.2023 beantwortet. Dabei wurde der Bericht über das Gebäude Westerfeldstraße 35/37 vergessen.

Die entsprechende Nachprüfung ergab, dass sich dieses Gebäude im Privatbesitz befindet.

### **6.2 Amphibienschutzmaßnahmen 2023 im Stadtbezirk Schildesche**

Im Stadtbezirk Schildesche werden im Frühjahr 2023 an 2 Straßenabschnitten Maßnahmen zum Schutz von Amphibien auf ihrem Weg zu den Laichgewässern durchgeführt.

Übersicht:

Beschilderung, Schutzzäune, Betreuung durch ehrenamtlich Tätige:  
 Horstheider Weg

Zusätzliche Maßnahme organisiert durch den BUND:  
 Schutzzaun an der Talbrückenstraße

Spätestens mit steigenden Temperaturen ist in niederschlagsreichen Nächten mit dem Beginn der Amphibienwanderung zu rechnen. Das Umweltamt übernimmt die Koordination der Maßnahmen. Der Zaunaufbau am Horstheider Weg ist bereits abgeschlossen.

An der Talbrückenstraße wird wieder im Bereich des Viaduktes ein Amphibienschutzzaun durch Mitglieder des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eigenständig errichtet und betreut.

Die saisonalen Schutzmaßnahmen können aufgrund des hohen Betreuungsaufwandes immer nur während der Hauptwanderzeit durchgeführt werden. Schwerpunkte des Schutzes sind die Sicherung der Hinwanderung der Kröten, Frösche und Molche zu ihren Geburtsgewässern und der sich anschließenden Rückwanderung in ihre Sommerlebensräume.

Die Bürger und Bürgerinnen werden um Verständnis für die Artenschutzmaßnahmen und Rücksichtnahme gegenüber den ehrenamtlichen Betreuer/-innen der Schutzzäune gebeten. Diese kontrollieren die Eimer und tragen die Tiere frühmorgens und in wanderstarken Nächten auch spät-abends über die z. T. sehr stark befahrenen Straßen. Die ehrenamtlichen Betreuer/-innen freuen sich über jede Unterstützung.

### **6.3 Start der Mobilen Sprechstunde des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)**

Das Ordnungsamt teilt mit:

Seit 2018 gibt es im Ordnungsamt neben dem Zentralen Außen- und Vollzugsdienst (ZAV) und der Stadtwache auch einen sog. Präsenzdienst, der anfangs mit 5 Mitarbeitern als ZAV mobil zunächst in Brackwede, später im gesamten Stadtgebiet losgelöst von Einzelaufträgen Plätze, Parks und sonstige Örtlichkeiten bestreift. In der Folgezeit ergaben sich – nicht zuletzt auch forciert durch die Corona-Pandemie – immer mehr Bedarfe für die Erreichbarkeit des Ordnungsamtes und Präsenzen der Ordnungskräfte im gesamten Stadtgebiet. Das bereits vor der Pandemie eingerichtete Ordnungstelefon ist ein Erfolgsmodell und die Stadtbevölkerung nimmt das Angebot der umfassenden Erreichbarkeit an. Seit 2021 verfügt das Ordnungsamt über einen Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) zur Wahrnehmung von Aufgaben zur Gewährleistung und Stärkung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens der Bielefelder Bevölkerung sowie von Besuchern/-innen und Gästen der Stadt.

Im Zuge der Implementierung des KOD wurde den politischen Gremien u.a. auch die Idee zur Einführung einer Mobilen Sprechstunde in den Stadtbezirken angekündigt.

Nach Auslaufen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurde das jetzt aufgegriffen und die Mobile Sprechstunde soll in diesem Jahr als Pilotprojekt in allen Stadtbezirken erprobt werden. Ziel ist es zu den Leuten zu gehen und die Arbeit und Aufgaben des Außendienstes und des Ordnungsamtes vorzustellen und eine niedrigschwellige weitere Anlaufstelle für die Anliegen der Bevölkerung bezüglich Sicherheit und Ordnung im Stadtgebiet, dem Stadtbezirk oder dem näheren Wohnumfeld anzubieten.

Im Zeitraum April bis Oktober 2023 soll in jedem Stadtbezirk jeweils einmal die Mobile Sprechstunde angeboten werden. Standorte und die zeitliche Reihenfolge wurden mit den Bezirksämtern und Stadtbezirksmanagements abgestimmt. Auf Wunsch der Bezirke sollen die Termine teilweise zeitgleich neben dem Wochenmarkt stattfinden.

Monat	Stadtbezirk	Geplante Standorte <sup>1)</sup>
April	Jöllennebeck	Marktplatz
Mai	Heepen	Marktplatz/Amtsplatz
Mai	Stieghorst	Marktplatz Schneidemühler Str./ Ecke Stieghorster Str.
Juni	Sennestadt	Reichowplatz
August	Senne	Neuer Marktplatz
August	Brackwede	Treppenplatz
September	Dornberg	Platz am ehemaligen Bezirksamt
September	Schildesche	Platz an der Stiftskirche
Oktober	Mitte	Siegfriedplatz oder Kesselbrink
Oktober	Gadderbaum	Bethelplatz

1) In Einzelfällen können sich noch Änderungen ergeben z.B. wenn der Platz aus besonderen Gründen nicht zur Verfügung steht

Die konkreten Termine werden derzeit mit den o.a. Beteiligten abgestimmt. Auf das Angebot sowie Orte und Zeiten soll immer zeitnah in den Medien und durch Aushänge hingewiesen werden.

Nach Abschluss der Pilotphase wird das Projekt evaluiert und das Ergebnis in den Bezirksvertretungen und dem Fachausschuss vorgestellt. Ziel ist dieses Angebot dauerhaft für die Bevölkerung anzubieten, ggf. auch in Verbindung mit besonderen Anlässen wie z.B. Stadtteilstesten.

#### 6.4 Arbeitsgruppe Kultur

Es wird vereinbart, dass sich die Arbeitsgruppe direkt im Anschluss an die nächste Sitzung der BV kurz zusammensetzt.

---

#### Zu Punkt 7 Anfragen

#### Zu Punkt 7.1 Beleuchtungssituation im Meierteichpark (gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 14.11.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5129/2020-2025

Die Verwaltung teilt zur Anfrage Beleuchtungssituation am Meierteichpark mit:

Entlang des hier relevanten Wegeabschnitts im Meierteichpark befinden sich sensible artenschutzrelevante Bereiche (dichter Gehölzbestand und Schloßhofbach). Durch zusätzliche künstliche Lichtquellen, auch wenn zeitlich begrenzt, muss von negativen Auswirkungen auf eine Vielzahl nachtaktiver Insekten und heimischen Fledermausarten ausgegangen werden.

Parallel und in unmittelbarer Nähe des Weges verläuft ein Fußweg entlang der Straße Im Bruche. Beinahe ohne Umwege kann dieser Weg bei Dunkelheit genutzt werden.

Mit vorgenannter Begründung wird eine zusätzliche Beleuchtung aus fachlicher Sicht abgelehnt.

---

#### Zu Punkt 7.2 Errichtung einer öffentlichen Toilettenanlage am Obersee (gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 11.01.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5374/2020-2025



vertagt

-.-.-

### **Zu Punkt 7.3 Neubau Martin-Niemöller-Gesamtschule (Anfrage der CDU-Fraktion v. 09.02.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5616/2020-2025

- A) „Neubau Martin-Niemöller-Gesamtschule: „Auswirkung der Baumschutzsatzung auf den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule“ Drucksache 5803/2020-2025 – Anfrage zur Sitzung am 16.3.2023
- B) „Neubau Martin-Niemöller-Gesamtschule“ Drucksache 5616/2020-2025 – Anfrage zur Sitzung am 26.2.2023

Beide Anfragen werden vom ISB in der Antwort zusammengefasst:

Frage zu A)

*Wie wirkt sich die Einführung der städtischen Baumschutzsatzung auf das Projekt des Neubaus der Martin-Niemöller-Gesamtschule hinsichtlich der zeitlichen Abfolge der Aufstellung des Bebauungsplans, Beginn der Arbeiten, der beschlossenen Bebauung sowie der Kosten des Projekts aus?*

Antwort ISB

Bezogen auf zusätzliche Baumerhaltungen wird derzeit der Entwurf zur Martin-Niemöller in Absprache mit dem Umweltamt und dem Amt für Verkehr geprüft und dementsprechend mit Kosten hinterlegt.

Es ist davon auszugehen, dass das Ergebnis Anfang April 2023 vorliegt. Nach Auswertung dieses Ergebnisses können verbindliche Aussagen zur zeitlichen Abfolge der Aufstellung des Bebauungsplans, zum Beginn der Arbeiten sowie der Kosten des Projektes gemacht werden.

Zusatzfrage 1 zu A)

*Verringern sich durch die möglichen neuen Anpassungen die Nutzflächen der Schule?*

Antwort ISB

Verweis auf die Beantwortung der Frage zu A)

„Es ist davon auszugehen, dass das Ergebnis Anfang April 2023 vorliegt.“ Nach Auswertung dieses Ergebnisses können verbindliche Aussagen zu möglichen Anpassungen der Nutzflächen der Schule gemacht werden.

Zusatzfrage 2 zu A)

*Kann der Grünstreifen östlich der Apfelstraße/westlich der geplanten neuen Bebauung, der bisher für eine mögliche Verlängerung der Linie 1 freigehalten und somit nicht (dauerhaft) dem Schulgelände zugeordnet wird, dem Planungsgebiet der neuen Schule zugeschlagen werden, da sich dort ebenfalls lt. städtischer Baumschutzsatzung schutzwürdige*

*Bäume befinden, die für eine neue Bahnlinie nicht ohne Weiteres gefällt werden dürften?*

Antwort ISB

Wenn die Planung der Linie 1 es zulässt, die Stadtbahn über die Apfelstraße zu führen, kann die Böschung inklusive dem Bereich der schützenswerten Bäume der Nutzfläche der Schule oder der Gemeinbedarfsfläche zugeschlagen werden.

Frage zu B)

*Wie sieht nach aktuellem Planungsstand der derzeitige Zeitplan zum Bau der neuen Martin-Niemöller-Gesamtschule (beide Gebäude) hinsichtlich des zu beschließenden Bebauungsplans (Ziel war der Satzungsbeschluss im Frühjahr 2022), der einzelnen Bauabschnitte sowie der Fertigstellung aus, damit das Ziel der Eröffnung und Inbetriebnahme zum Schuljahr 2026/2027 realisiert werden kann?*

Antwort ISB

Verweis auf die Beantwortung der Frage zu A)

Zusatzfrage 1 zu B)

*Von wann ist die letzte Kostenschätzung für das Gesamtprojekt - mit welchen Kosten wird derzeit seitens des ISB kalkuliert?*

Antwort ISB

Verweis auf die Beantwortung der Frage zu A)

Zusatzfrage 2 zu B)

*Ist es bei den Planungen weiterhin beabsichtigt, dass es zu keiner zwischenzeitlichen Unterbringung einiger Lerngruppen in Schulcontainern kommt?*

Antwort ISB

Es ist derzeit nicht geplant, dass es zu einer zwischenzeitlichen Unterbringung einiger Lerngruppen in Schulcontainern kommt.

Es erfolgt eine kurze Diskussion der BV, die alle drei Anfragen betrifft und hier zusammengefasst wird:

Herr Adolph (Die Linke) ist nicht zufrieden mit der Beantwortung der Anfragen. Er bittet um Besuch eines verantwortlichen Mitarbeiters/einer verantwortlichen Mitarbeiterin des ISB in der Sitzung am 27.4.2023, die/der über den „Stand der Dinge“ zum Neubau der MNG berichtet.

Herr Kuhlmann (CDU) unterstützt diese Anliegen. Es sei wichtig, den aktuellen Planungsstand zu erfahren.

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Thorsten Schätz als Schulleiter der MNG. Er unterbricht die Sitzung für zwei Minuten, um Herrn Schätz Gelegenheit zu geben, zum Stand der vorbereitenden Umbaumaßnahmen zu berichten.

Die Sitzung wird von 19:20 – 19:23 Uhr unterbrochen.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bittet abschließend, dass ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin des ISB in die Sitzung am 27.4.2023 kommt.

-.-.-

**Zu Punkt 7.4 Derzeitiger Planungsstand des Neubaus der Martin-Niemöller-Gesamtschule (Anfrage der Fraktion Die Linke v. 02.03.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5766/2020-2025

*Wie sieht der aktuelle Planungsstand zur Verkehrssituation rund um die Neubaumaßnahme aus? (Machbarkeitsstudie Linie 1, Verkehrssicherheit An der Reegt, P+R-Parkplatz)*

Antwort ISB

Bezogen auf zusätzliche Baumerhaltungen wird derzeit der Entwurf zur MNG in Absprache mit dem Umweltamt und dem Amt für Verkehr geprüft und dementsprechend mit Kosten hinterlegt.

Es ist davon auszugehen, dass das Ergebnis Anfang April 2023 vorliegt.

Nach Auswertung dieses Ergebnisses können verbindliche Aussagen zur zeitlichen Abfolge der Aufstellung des Bebauungsplans, zum Beginn der Arbeiten sowie der Kosten des Projektes gemacht werden.

Zusatzfrage 1

*Welche (Reparatur-) Arbeiten sind zum Erhalt der Bausubstanz und bzgl. des störungsfreien Unterrichtens im derzeitigen Schulgebäude bis zur Eröffnung des Neubaus zu tätigen?*

Antwort ISB

Es werden alle Maßnahmen in Bezug auf die Betreiberpflichten (Bauunterhalt, Wartung und Sicherheit für das Bestandsgebäude) durchgeführt.

-.-.-

**Zu Punkt 7.5 Auswirkung der Baumschutzsatzung auf den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule (Anfrage der CDU-Fraktion v. 09.03.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5803/2020-2025

- A) „Neubau Martin-Niemöller-Gesamtschule: „Auswirkung der Baumschutzsatzung auf den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule“ Drucksache 5803/2020-2025 – Anfrage zur Sitzung am 16.3.2023
- B) „Neubau Martin-Niemöller-Gesamtschule“ Drucksache 5616/2020-2025 – Anfrage zur Sitzung am 26.2.2023

Beide Anfragen werden vom ISB in der Antwort zusammengefasst:

Frage zu A)

*Wie wirkt sich die Einführung der städtischen Baumschutzsatzung auf das Projekt des Neubaus der Martin-Niemöller-Gesamtschule hinsichtlich der zeitlichen Abfolge der Aufstellung des Bebauungsplans, Beginn der Arbeiten, der beschlossenen Bebauung sowie der Kosten des Projekts aus?*

Antwort ISB

Bezogen auf zusätzliche Baumerhaltungen wird derzeit der Entwurf zur Martin-Niemöller in Absprache mit dem Umweltamt und dem Amt für Verkehr geprüft und dementsprechend mit Kosten hinterlegt.

Es ist davon auszugehen, dass das Ergebnis Anfang April 2023 vorliegt. Nach Auswertung dieses Ergebnisses können verbindliche Aussagen zur zeitlichen Abfolge der Aufstellung des Bebauungsplans, zum Beginn der Arbeiten sowie der Kosten des Projektes gemacht werden.

Zusatzfrage 1 zu A)

*Verringern sich durch die möglichen neuen Anpassungen die Nutzungsflächen der Schule?*

Antwort ISB

Verweis auf die Beantwortung der Frage zu A)

„Es ist davon auszugehen, dass das Ergebnis Anfang April 2023 vorliegt.“  
Nach Auswertung dieses Ergebnisses können verbindliche Aussagen zu möglichen Anpassungen der Nutzflächen der Schule gemacht werden.

Zusatzfrage 2 zu A)

*Kann der Grünstreifen östlich der Apfelstraße/westlich der geplanten neuen Bebauung, der bisher für eine mögliche Verlängerung der Linie 1 freigehalten und somit nicht (dauerhaft) dem Schulgelände zugeordnet wird, dem Planungsgebiet der neuen Schule zugeschlagen werden, da sich dort ebenfalls lt. städtischer Baumschutzsatzung schutzwürdige Bäume befinden, die für eine neue Bahnlinie nicht ohne Weiteres gefällt werden dürften?*

Antwort ISB

Wenn die Planung der Linie 1 es zulässt, die Stadtbahn über die Apfelstraße zu führen, kann die Böschung inklusive dem Bereich der schützenswerten Bäume der Nutzfläche der Schule oder der Gemeinbedarfsfläche zugeschlagen werden.

Frage zu B)

*Wie sieht nach aktuellem Planungsstand der derzeitige Zeitplan zum Bau der neuen Martin-Niemöller-Gesamtschule (beide Gebäude) hinsichtlich des zu beschließenden Bebauungsplans (Ziel war der Satzungsbeschluss im Frühjahr 2022), der einzelnen Bauabschnitte sowie der Fertigstellung aus, damit das Ziel der Eröffnung und Inbetriebnahme zum Schuljahr 2026/2027 realisiert werden kann?*

Antwort ISB

Verweis auf die Beantwortung der Frage zu A)

Zusatzfrage 1 zu B)

*Von wann ist die letzte Kostenschätzung für das Gesamtprojekt - mit welchen Kosten wird derzeit seitens des ISB kalkuliert?*

Antwort ISB

Verweis auf die Beantwortung der Frage zu A)

Zusatzfrage 2 zu B)

*Ist es bei den Planungen weiterhin beabsichtigt, dass es zu keiner zwischenzeitlichen Unterbringung einiger Lerngruppen in Schulcontainern kommt?*

Antwort ISB

Es ist derzeit nicht geplant, dass es zu einer zwischenzeitlichen Unterbringung einiger Lerngruppen in Schulcontainern kommt.

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Anträge**

**Zu Punkt 8.1**

**Miyawaki-Wäldchen für den Stadtbezirk Schildesche (Antrag der SPD-Fraktion v. 04.02.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5555/2020-2025

Herr Benesch (SPD) stellt den Antrag vor. Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung (Umweltamt und Umweltbetrieb) wird gebeten zu prüfen, ob sich im Stadtbezirk Bielefeld-Schildesche geeignete städtische Flächen finden, um ein „Miyawaki-Wäldchen (auch Tiny Forest genannt) zu pflanzen und deren Finanzierungsmöglichkeiten zu klären. Eine Anschubfinanzierung könnte aus den Grünerhaltungsmitteln erfolgen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 8.2**

**Einrichten von Tempo 30-Zonen in der Röntgenstraße, Carl-von-Ossietzky-Straße, Graf-von-Galen-Straße (gem. Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke v. 07.02.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5580/2020-2025

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) erklärt den Antrag: Es sei gut, wenn in Wohngebieten durchgängig 30-km/h-Zonen zum Schutz der Anwohner und vor allem der Kinder entstehen.

Herr Weber (CDU) rät, vor Aufstellung weiterer Schilder – hier 30 km/h-Schilder – die Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Hier handelt es sich um kleine Straßen, zum Teil Sackgassen, in denen sowieso nicht schnell gefahren wird. Deshalb sei der Antrag unnötig.

Frau Ostwald (AfD) erklärt, dass man auf die Eigenverantwortung der Anwohner setzen könne. Durch das Aufstellen von Tempo-30-Schildern in diesen kleinen Straßen entstehe eine Überregulierung, die abzulehnen sei.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt über den Antrag abstimmen. Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Schildesche beantragt für die folgenden Straßen

- Röntgenstraße
- Carl-von-Ossietzky-Straße
- Graf-von-Galen-Straße

Tempo 30 Zonen einzurichten.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zustimmung:	9
Ablehnung:	1
Enthaltung:	4

---

**Zu Punkt 9**

**Zukunftsweisende Umgestaltung Jöllenbecker Straße zw. Bahnhofstraße und Auf der Hufe hier: Informationen zum Projektstart**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4467/2020-2025/2

Herr Oliver Spree vom Amt für Verkehr, Verkehrswegeplanung stellt die Präsentation „Zukunftsweisende Umgestaltung der Jöllenbecker Straße zwischen Bahnhofstraße und Auf der Hufe“ vor.

Die Präsentation ist Bestandteil der Niederschrift.

Der Anlass ist das beschlossene Radverkehrskonzept der Stadt Bielefeld.

Herr Adolph (Die Linke) weist daraufhin, dass fast der gesamte Planungsraum im Stadtbezirk Mitte liegt.

Herr Benesch (SPD) bittet darum, bei der Planung an Mitarbeitende in den Gewerbebetrieben entlang der Jöllenbecker Straße zu denken – besonders bei dem derzeitig vorhandenen Fachkräftemangel. Sie müssen eine

Möglichkeit haben, mit dem Auto weiterhin ihre Arbeitsstellen zu erreichen, da sie häufig von Außerhalb kommen. Herr Spree erklärt, dass hier kein Anspruch bestehe; dennoch werde versucht, entsprechende Ansprüche zu erfüllen, etwas durch Erstellung eines Quartierparkhauses.

Herr Kuhlmann (CDU) beantragt die 1. Lesung für die Vorlage. Im Beschlussvorschlag ist davon die Rede, die Verwaltung zu beauftragen, Planungsleistungen zur Herstellung einer zusätzlichen Bahnunterführung zu vergeben. Herr Kuhlmann weist auf das übliche Verfahren hin, bereits zu Beginn die Öffentlichkeit in die Planung einzubeziehen. Die Zeit dafür müsse sein, deshalb solle heute die 1. Lesung vereinbart werden.

Herr Spree erklärt, dass zwei bis drei Bürgerveranstaltungen geplant seien. Die erwähnte Vergabe der Planungsleistungen beziehe sich nur auf die Bahnunterführung; hier sei die BV Mitte angesprochen.

Herr Benesch (SPD) mahnt, das Verfahren nicht unnötig zu verzögern, um das Radverkehrskonzept möglichst zügig umzusetzen. Die Situation an der Bahnunterführung sei sehr unbefriedigend, auch wenn die BV Schildesche hier nicht betroffen sei.

Herr Kuhlmann bittet Herrn Spree um eine Erläuterung der Karte mit den Unfallhäufungsstellen nur für Schildesche.

Herr Kuhlmann erklärt, dass seine Fraktion trotz der Tatsache, dass die Bahnunterführung die BV Mitte betrifft, die 1. Lesung wünscht. Er sichert zu, im April abstimmungsbereit zu sein, damit keine weitere Verzögerung entsteht.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt daraufhin über die 1. Lesung abstimmen:

### **1. Lesung -**

Dafür: 6 Mitglieder  
Dagegen: 3 Mitglieder  
Enthaltungen: 5 Mitglieder

-.-.-

## **Zu Punkt 10**

### **Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2023/2024**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5399/2020-2025

Die CDU-Fraktion hat im Vorfeld folgende Fragen eingereicht, die vom Amt für Jugend und Familie - Jugendamt – wie folgt beantwortet werden:

#### Frage 1:

- Im Neubaugebiet Grünheide (Stadtbezirk Mitte) soll Wohnraum für 2.000 Menschen geschaffen werden, erste Häuser sind bereits bezogen. Die Fläche grenzt unmittelbar an den Stadtbezirk Schildesche und ist nur zwei Minuten Fahrtweg von der KiTA Plaßstraße entfernt.

Rechnet die Verwaltung mit einer deutlichen Anfrage nach einer Betreuung in der KiTA Plaßstraße durch Bewohner der Grünheide? Wie wird der Bedarf an KiTA-Plätzen der Bewohner der Grünheide abgedeckt (im kommenden KiTA-Jahr und perspektivisch)?

Antwort: bei der Genehmigung aller Neubaugebiete wird die Kindergartenbedarfsplanung im Rahmen des Verfahrens „Träger öffentlicher Belange“ beteiligt. Im Fall der Grünheide ist im städtebaulichen Vertrag mit dem Investor festgehalten worden, dass in diesem Wohngebiet aufgrund des Bedarfes, der durch die Neubauten entsteht, eine fünfgruppige Kita gebaut werden muss. Diese soll zum Kindergartenjahr 2024/2025 fertiggestellt werden. Da direkt angrenzend an das neue Quartier Grünheide am 01.10.2020 die Kita Zauberflöte an den Start gegangen ist und der Stadtbezirk Mitte über eine ausreichende Versorgung mit Kita-Plätzen verfügt, ist nicht damit zu rechnen, dass die Kita Plaßstraße mit einer deutlichen Anfrage aus diesem Wohngebiet zu rechnen hat.

Frage 2:

Die Versorgungsquote U3 liegt im Bezirk Schildesche 2 traditionell deutlich hinter der Versorgung im Bezirk 1. Mit 29% liegt die Quote jedoch auch unter der Quote jedes einzelnen Stadtbezirks in Bielefeld. Sind aus fachlicher Sicht hier Änderungen wünschenswert, um die Quote zu verbessern oder kann der Bedarf der Schildescher Eltern weitestgehend im gesamten Stadtbezirk durch die hohe Quote im Bezirk 1 erfüllt werden?

Antwort: wenn wir die Stadtbezirke miteinander vergleichen, dann liegt Schildesche an Platz 3 aller 10 Stadtbezirke, was die Versorgungsquote bei den unter Dreijährigen anbelangt. Im Kindergartenbezirk Schildesche 1 liegt die Quote bei 29% und im Kiga-Bezirk Schildesche 2 bei 60,1%. Diese Schwankungen sind durchaus tolerabel, denn hinzu kommen die Plätze in der Tagespflege und es ist davon auszugehen, dass die Schildescher Eltern die entsprechenden Plätze, die sie suchen, innerhalb ihres Stadtbezirkes finden. Die hohe U3-Versorgungsquote (60,1% ggb. 46,3% gesamtstädtisch) hängt mit den Angeboten der Uni-Kitas zusammen, die traditionell die frühe Betreuung von Kindern sowohl für die Studierenden als auch für die Beschäftigten ermöglichen. Ähnlich verhält es sich z.B. im Stadtbezirk Gadderbaum, wo Bethel der größte Arbeitgeber ist.

Darüber hinaus strebt die Jugendhilfeplanung gemeinsam mit den Trägern der Kitas an, dass sukzessive die Plätze für die U3 erhöht werden und innerhalb der einzelnen Kitas ein ausgewogenes Verhältnis zwischen U3 und Ü3 entsteht, so dass die Kinder von klein an in einer Einrichtung bleiben können.

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss, der Finanz- und Personalausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2023/2024 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil des Beschlusses sind, fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2023 an



den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:

Gruppenform		Platzzahl* Tagesein- rich-tun- gen	davon un- ter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl Kinderta- ges- pfege
I = Kinder im Alter von zwei Jah- ren bis zur Ein- schulung	Ia (25 Std.)	82	1.228	3.510	
	Ib (35 Std.)	2.278			
	Ic (45 Std.)	2.378			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	29	29		
	IIb (35 Std.)	973	973		
	IIc (45 Std.)	1.014	1.014		
III = Kinder im Alter von drei Jah- ren und älter	IIIa (25 Std.)	307		307	
	IIIb (35 Std.)	3.079		3.079	
	IIIc (45 Std.)	3.188		3.188	
<b>Summe</b>		<b>13.328</b>	<b>3.244</b>	<b>10.084</b>	<b>920</b> davon U3 = 920 davon Ü3 = 0

\*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (13.328 + 920 = 14.248) und der Gesamtzahl der Plätze (14.335) ergeben sich aus der Tatsache, dass 87 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Plätze für Schulkinder in der Kindertagesbetreuung sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Schulkinder in Kindertagesbetreuung aufgenommen werden, sind diese nach zu melden.
3. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 198 Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung (sog. Integrationsplätze) anzumelden. Hiervon entfallen zwei Plätze auf Kinder unter drei Jahren und 196 Plätze auf Kinder über drei Jahren bis zum Schuleintritt. Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nach zu melden.

4. Plätze für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege aufgenommen werden, sind diese nach zu melden.
5. Als Bemessungsgrundlage für den Landeszuschuss zur Fachberatung von Kindertagespflege nach § 47 KiBiz sind 220 Kindertagespflegepersonen anzumelden. Sollten später mehr Kindertagespflegepersonen tätig sein, sind diese nach zu melden.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2024 die erforderlichen Mittel einzuplanen bzw. den Haushalt 2023 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

#### Zu Punkt 11

#### **Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030** **hier: Darstellung des Umsetzungskonzeptes zur Realisierung** **der Mobilitätsstationen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5458/2020-2025

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) bittet das Amt für Verkehr um Mitteilung, wann Schildesche an der Reihe ist.

Herr Kuhlmann (CDU) möchte wissen, wo die „Park & Ride-Parkplätze“ an der Endstation Schildesche nachgewiesen werden.

Gemäß Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 22.06.2021 wird hiermit die Vorlage DS 5458/2020-2025 einschließlich Anlage 1 in alle Bezirksvertretungen sowie in den Stadtentwicklungsausschuss zur Kenntnisnahme gegeben.

-.-.-

#### Zu Punkt 12

#### **10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5584/2020-2025

Herr Kuhlmann (CDU) findet den gewählten Standort für den Baum gut. Er bittet um Beachtung, dass die Sicht auf das Ehrenmal frei bleibt. Gegebenenfalls müsse der Baum etwas nach rechts verrückt werden.

Er spricht sich für die Variante A (ohne Sitzbank) aus, da seiner Meinung

nach in diesem Umfeld genügend Sitzmöglichkeiten vorhanden sind. Herr Weber (CDU) ergänzt, dass die Finanzierung nicht abschließend geklärt sei. Laut Mitteilung des Dezernats für Soziales und Integration stehen 83.000 Euro aus Restmitteln des Integrationsbudgets zur Verfügung. Es sei unklar, wie hoch die tatsächlich benötigte Summe sei und wie die nicht abgedeckte Summe finanziert werde. Das Umweltamt werde hierzu um Klärung gebeten.

Herr Weber schlägt vor, zuerst nur den Baum zu pflanzen und die Stele aufzustellen. In einem zweiten Schritt können dann die Bänke aufgestellt werden, wenn noch finanzielle Mittel vorhanden seien.

Herr Adolph (Die Linke) begrüßt ebenfalls die Standortwahl. Er begrüßt die Aufstellung einer bequemen Bank, da durch Nähe des Bücherschranks gerade in der warmen Jahreszeit Sitzgelegenheiten in diesem Bereich fehlen.

Herr Dr. Horstmann (B 90/Die Grünen) spricht sich für die Variante B mit Sitzbank aus, damit im Sommer mehr Sitzgelegenheiten vorhanden seien.

Herr Bezirksbürgermeister Grün fasst zusammen, dass die Standortwahl Zustimmung findet. Über die Varianten A und B lässt er abstimmen.

Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Der Integrationsrat sowie die Bezirksvertretungen in ihren Zuständigkeiten empfehlen, der Rat der Stadt beschließt die Umsetzung des Projektes „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ entsprechend der dargelegten Ausgestaltung.

- einstimmig beschlossen -

Die Abstimmung für die Wahl der Ausführung ergibt:

Variante A: 4 Mitglieder stimmen dafür  
 Variante B: 9 Mitglieder stimmen dafür  
 Enthaltung: 1 Mitglied

Damit stimmt die Mehrheit der Mitglieder für die Variante B.

-.-.-

**Zu Punkt 13**

**Nutzung der Räumlichkeiten der ehemaligen Gutenbergschule als Interim für die im Stadtbezirk Schildesche dringend benötigte Grundschule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5755/2020-2025

Herr Kunert vom Amt für Schule führt in die Vorlage ein. Einleitend erklärt er, dass zur kommenden Sitzung nach den Osterferien eine schulorganisatorische Vorlage mit dem Errichtungsbeschluss eingebracht wird. Dazu

ist der heutige Beschluss als Grundlage für das weitere Verfahren notwendig.

In einem weiteren Schritt werden danach Schuleinzugsbereiche festgelegt, um die Kapazitätsauslastung an den Grundschulen Babenhausen, Eichendorffschule, Stiftsschule und Bültmannshofschule zu steuern.

Zum Schuljahr 2024/2025 wird als Interimslösung die vorübergehende teilweise Nutzung der Gutenbergschule“ aufgrund der hohen Schülerinnen- und Schülerzahlen (SuS) notwendig sein. Das Gebäude der ehemaligen Gutenbergschule befindet sich zwar relativ weit weg von der neu geplanten Grundschule Gellershagen, es sei aber keine Alternative gefunden worden.

Das Gebäude wird zurzeit vom Abendgymnasium genutzt. Hier sind die Zahlen rückläufig, so dass ein Teil des Gebäudes für die Unterbringung von Grundschul-SuS genutzt werden könne. Die Schulleitung sei bereits informiert. Die Raumstruktur der Schule ermöglicht die Aufteilung in zwei Flügel, wobei der linke Flügel für die Grundschule genutzt werde. Auch die Aufstellung von ergänzenden Modulgebäuden sei möglich, sollte der Grundschulneubau zum Schuljahr 2027/28 noch nicht fertiggestellt sein.

Herr Adolph (Die Linke) schlägt vor, die SuS der Sekundarschule vorübergehend in der Gutenbergschule unterzubringen, damit nicht die jungen Grundschul Kinder die weiten Wege bewältigen müssen. Er verweist dazu auf den alten Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“. Herr Kunert erklärt dazu, dass dies überlegt worden sei, der Bedarf der Sekundarschule aber zu groß ist. Es werde geprüft, einen Schülerspezialverkehr für die Grundschule einzurichten, um den zahlreichen Elterntaxis vorzubeugen.

Herr Adolph erklärt, dass er die Lösung insgesamt unglücklich findet, sieht aber auch keine Alternative.

Herr Kuhlmann und Herr Weber (beide CDU) erklären, dass die Schulentwicklungsplanung der letzten 10 – 12 Jahre falsch gelaufen sei und dass man nicht rechtzeitig erkannt habe, dass der Schulbedarf in Bielefeld steigt. Herr Weber prognostiziert einen erhöhten Schülerverkehr und einen entsprechenden Unmut der Eltern.

Herr Kuhlmann fragt Herrn Kunert, welche Auswirkungen die Schuleinzugsbereiche auf die verschiedenen Schulen haben werden. Herr Kunert antwortet, dass die jeweiligen Grenzen für die einzelnen Schulen zunächst nach der Entfernung gebildet werden, bei der Festlegung der Schuleinzugsbereiche werde davon mit dem Ziel einer gleichmäßigeren Auslastung abgewichen. Er bestätigt aber, dass die Planungen für die nächsten Jahre nicht einfach werden.

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) formuliert folgende Bitten an das Amt für Schule: Auch sie befürchtet ein erhöhtes Verkaufsaufkommen zur Gutenbergschule. Es müssen unbedingt genügend Schulbusse eingesetzt werden, um den Individualverkehr möglichst gering zu halten.

Es ist richtig, dass die Leitung des Abendgymnasiums informiert ist, dass die eine Hälfte der Schule vorübergehend von Grundschulkindern mitbenutzt wird. Dennoch ist es keine glückliche Lösung, da Prüfungen auch dort

vormittags stattfinden. Das Amt für Schule müsse das so berücksichtigen, dass hier keine Nachteile entstehen.

Frau Schönrock-Beckmann (SPD) unterstützt diese Bitten.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt über die Vorlage abstimmen. Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Ein Teil der Räumlichkeiten der ehemaligen Gutenbergschule wird als Interim für die dringend benötigte weitere Grundschule im Bielefelder Westen bis zur Fertigstellung des Neubaus der Grundschule Gellershagen genutzt und bedarfsgerecht hergerichtet.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zustimmung: 9

Ablehnung: 5

---

**Zu Punkt 14**

**Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen**  
**hier: Grundschule Bültmannshofschule (Pos. 53, städtisches Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5691/2020-2025

Herr Kunert erklärt einleitend, dass neben den steigenden Schülerzahlen auch der ab 2026 geltende Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz die Bereitstellung weiterer Räume und die Anpassung der Mensa- und Küchenkapazitäten notwendig macht.

An der Stiftschule und Eichendorffschule werden dazu Systembauten geplant (s. TOPs 15 und 16).

In der Plaßschule wird die Mensasituation aktuell baulich verbessert.

Auch die Sudbrackschule wird derzeit umgebaut, so dass auch an dieser Schule kein Raumdefizit vorliegt.

An der Bültmannshofschule ist die OGS-Erweiterung als individuelle Planung vorgesehen. Dieser Standort wird zusammen mit der sich in Planung befindlichen Zugerweiterung der Gertrud-Bäumer-Realschule bearbeitet. Es ist vorgesehen, der Bültmannshofschule nach Abschluss der Realschülerweiterung das dann leerstehende Gebäude der Gertrud-Bäumer-Realschule in unmittelbarer Nähe der Grundschule dauerhaft zuzuordnen und es entsprechend grundschulgerecht zu ertüchtigen. Die Ertüchtigung

wird in 2027 erwartet.

Die BV nimmt Kenntnis

---

## Zu Punkt 15

### **Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Schulen** **hier: Grundschule Stiftsschule (Pos. 53, städtisches Bauprogramm)**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5729/2020-2025

Frau Wehmeier (ISB) und Herr Kunert (Amt für Schule) stellen gemeinsam die Vorlage vor.

Die Vorlage ist Bestandteil der Niederschrift.

Die Stiftsschule bekommt einen eingeschossigen Systembau zur OGS-Erweiterung ohne Mensa, da diese schon an anderer Stelle untergebracht ist.

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) wundert sich, dass die Stiftsschule nur einen eingeschossigen Systembau erhält. Bei den zu erwartenden steigenden Zahlen werde man so schnell wieder an Grenzen stoßen. Herr Kunert erklärt, dass zurzeit der Bedarf noch überprüft werde. Eine Aufstockung sei möglich.

Frau Schönrock-Beckmann (SPD) erklärt ihre Bedenken, ob die Mensa der Stiftsschule tatsächlich auskömmlich sei und begrüßt die Aussage von Herrn Kunert, dass der Bedarf noch überprüft werde.

Auch Herr Kuhlmann (CDU) findet die Situation im OGS-Bereich der Stiftsschule sehr beklemmend. Er bittet unbedingt darum, die Möglichkeit des zweiten Geschosses hier in Erwägung zu ziehen, da auch der Platz für SuS sehr knapp sei. Es sei wichtig, dass die Grundschule die Möglichkeit habe, die Kapazitäten zu erweitern, damit weiterhin möglichst wohnortnah Schulplätze zur Verfügung gestellt werden können. Herr Kunert sagt zu, das im Zuge der Bedarfsprüfung zu berücksichtigen.

Herr Dr. Horstmann (B 90/Die Grünen) merkt an, dass die Klassenstärken mit 30 SuS zu groß sind, um noch vernünftigen Unterricht anzubieten. Herr Kunert erklärt, dass im Zuge der Festlegung von Schuleinzugsbereichen versucht werde, die Schülerzahlen gleichmäßiger zu verteilen.

Auf die entsprechende Frage von Herr Dr. Hawerkamp (Die Linke) erklärt Frau Wehmeier, dass allgemein die Systembauten durchaus 25 – 30 Jahre genutzt werden können.

Herr Kuhlmann (CDU) bittet darum, die Schildescher Schulen bei der Aufstellung der Systembauten zu bevorzugen, da der Leidensdruck hier sehr

hoch sei.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt über die Vorlage abstimmen. Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Der Betriebsausschuss ISB und der Schul- und Sportausschuss nehmen Kenntnis von der vorgestellten Planung. Die Bezirksvertretung Schildesche beschließt den OGS-Ausbau der Grundschule Stiftsschule als 1-geschossigen Systembau am vorgeschlagenen Standort.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 16**

**Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Schulen**

**hier: Grundschule Eichendorff (Pos. 53, städtisches Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5730/2020-2025

Frau Wehmeier (ISB) und Herr Kunert (Amt für Schule) stellen gemeinsam die Vorlage vor.

Die Vorlage ist Bestandteil der Niederschrift.

Die Eichendorffschule bekommt im hinteren Bereich des Grundstücks einen eingeschossigen Systembau zur OGS-Erweiterung ohne Mensa. Die Mensa ist im Gebäude der Turnhalle untergebracht.

Auf die Frage von Herrn Kuhlmann (CDU) erklärt Herr Kunert, dass die Räume im Altbestand der Eichendorffschule neu gegliedert werden.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt über die Vorlage abstimmen. Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Der Betriebsausschuss ISB und der Schul- und Sportausschuss nehmen Kenntnis von der vorgestellten Planung. Die Bezirksvertretung Schildesche beschließt den OGS-Ausbau der Grundschule Eichendorff als 1-geschossigen Systembau am vorgeschlagenen Standort.

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 17****Aufstellung einer Gedenktafel für jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger im Stadtbezirk Schildesche**

In der Sitzung am 26.1.2023 hat Herr Hilker mit einem Schreiben an die BV Schildesche auf das Thema „Erinnerung an jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Zeit 1940 – 1945“ aufmerksam gemacht. Er regt an, eine Gedenkstele o.ä. zu errichten. Das Schreiben ist hier abgedruckt:

Schreiben von Herrn Heinz Hilker vom 26.1.2023:

Anfrage:

Aufstellen eines Gedenksteins oder einer Gedenkstehle oder einer Gedenktafel für unsere jüdischen Mitbürgerrinnen und Mitbürger aus Schildesche', die in der Zeit ab 1940 bis Mai 1945 in Schildesche gewohnt haben. Die jüdischen Mitbürger wurden in verschiedenen Vernichtungslagern und Konzentrationslagern gebracht, grausam wurden sie ermordet oder sie sind verschollen.

An einem zentralen Ort im Ortskern Schildesche sollte der Gedenkstein, Gedenkstehle oder die Gedenktafel aufgestellt werden

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren der Bezirksvertretung Bielefeld-Schildesche!

Ich möchte die Fraktionen und Mitglieder der Bezirksvertretung Bielefeld-Schildesche bitten, mein oben aufgeführtes Anliegen zu unterstützen und gemeinsam den Gedenkstein, Gedenkstehle oder Gedenktafel, in naher Zukunft aufzustellen.

Unterstützt würde mein Anliegen durch das Bauamt-Bielefeld und durch das Stadtarchiv-Bielefeld.

Zu 1: Personen

Aus dem sogenannten „Judenhaus“ Engersche Straße 103 (heute Engersche Straße 3)

Frau Edith Elise Fedler, Ehemann Rudof Fedler und Herr Walter Joseph.

Aus dem sogenannten „Judenhaus“ An der Stiftskirche 11,

Herr Leopold Grünewald, Ehefrau Frau Grete Grünewald, Frau Rosalie Grünewald,

und Frau Karoline Steinweg.

Aus dem sogenannten „Judenhaus“ Im Stift 14 (heute Johannisstraße 23), Frau Pauline Grünewald, Frau Dora Porta, Frau Marguerite Reich und Frau Johanne Lohn.

Die Recherchen sind von mir noch nicht abgeschlossen. An weiteren Personen wird von mir noch recherchiert. Es wird noch Ergänzungen geben.

Zu 2: Standorte



- auf städtischen Grundstück, vor dem Judenhaus mit der koscheren Schlachtereier der Familie Pauline Grünwald.
- auf dem Kirchplatz vor dem Haus An der Stiftskirche 11.

Ich bin der Meinung, dass die Geschichte der Juden in Schildesche und ihre Schicksale bei den jungen Menschen und auch bei den alten Menschen in Schildesche heute und auch in Zukunft nicht vergessen werden darf.

Gez. Heinz Hilker

Herr Hilker hat noch ein zweites Schreiben eingereicht:

Aus dem sogenannten „Judenhaus“ An der Stiftskirche 11,

Herr Gustav Boas

geb. 06.03.1879 Konin, Koongresspolen;

in Schildesche gewohnt ab 29.12.1939 bis 13.12.1941;

deportiert am 13.12.1941 nach Riga (vom Bielefelder Hauptbahnhof);

Das Sterbedatum wurde auf den 31.12.1945 festgesetzt.

Frau Henriette Boas – Ehefrau;

geb. Strauß;

geb. 16.01.1882 in Bielefeld;

Eheschließung 23.12.1921;

in Schildesche gewohnt ab 29.12.1939 bis 13.12.1941

deportiert am 13.12.1941 nach Riga (vom Bielefelder Hauptbahnhof);

Das Sterbedatum wurde auf den 31.12.1945 festgesetzt.

Unterstützt werden solche Gedenksteine durch das Ministerium für Heimat MHKBG NRW-Düsseldorf und durch den LWL-Münster. Fördergelder können beantragt werden.

Gez. Heinz Hilker

In der Sitzung am 26.1.2023 wurde vereinbart, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die sich mit der Aufstellung eines solchen Gedenksteins o.ä. befasst.

Herr Adolph (Die Linke) regt an, darüber nachzudenken, ob nicht auch an Widerstandskämpfer gedacht werden sollte und ob der Vorschlag von Herrn Hilker entsprechend erweitert werden könnte.

Herr Spalek (FDP) spricht sich dafür aus, sich auf jüdische Bürgerinnen und Bürger zu beschränken.

Herr Weber (CDU) schlägt vor, den Gedenkstein o.ä. in der Nähe des sogenannten Judenhauses in Schildesche aufzustellen, damit dieses nicht in Vergessenheit geraten kann. Hier haben die Deportationen ihren Anfang genommen.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bittet um Vorschläge, wer an der AG teilnehmen möchte:

Herr Schäfers (SPD)  
 Herr Weber (CDU)  
 Herr Dr. Horstmann (B 90/Die Grünen)  
 Herr Spalek (FDP)  
 Herr Adolph (Die Linken)

Herr Dr. Hawerkamp erklärt, dass sich der Heimatverein in die AG einbringen werde. Er selbst werde in der Funktion „Vorsitzender des Heimatvereins“ an der AG teilnehmen und auch zu den Treffen der AG einladen.

Es wird vereinbart, innerhalb der AG zu diskutieren, ob der Gedenkstein o.ä. nur für Jüdinnen und Juden oder auch für Widerstandskämpfer aufgestellt wird.

Die evangelische und katholische Kirche haben ebenso wie Herr Dr. Rath vom Stadtarchiv ihre Bereitschaft erklärt, sich in die AG einzubringen. Herr Dr. Hawerkamp wird dies bei der Einladung zu den AG-Treffen berücksichtigen.

Herr Hilker erhält ein Anschreiben, in dem für die Anregung gedankt wird.

Die BV fasst folgenden

### **Beschluss:**

1. Die BV Schildesche bittet den Heimatverein Schildesche, im Ortskern von Schildesche eine Gedenktafel / einen Gedenkstein / eine Gedenkstele für die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu errichten, die in der Zeit von 1940 bis 1945 in Schildesche wohnten und deportiert wurden.

Bei der Planung sollten neben dem Heimatverein Mitglieder der BV Schildesche und die Stiftskirchengemeinde, die sich bereits grundsätzlich positiv dazu geäußert hat, einbezogen werden. Das Stadtarchiv hat seine Unterstützung bereits zugesagt.

Nach Möglichkeit sollten zur Finanzierung Stiftungsmittel und Spenden sowie Zuschüsse des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW eingeworben werden; falls notwendig, kann die BV auch aus ihren Sondermitteln zur Finanzierung beitragen.

Die BV Schildesche dankt Herrn Hilker sehr für seine Initiative.

2. Die Arbeitsgruppe wird gemäß der genannten Vorschläge gebildet. Hierbei können von den Parteien bei Verhinderung auch Vertreterinnen bzw. Vertreter geschickt werden.

---

**Zu Punkt 18**

### **Vergabe von Sondermitteln des Stadtbezirks Schildesche im Haushaltsjahr 2023**

Die BV würdigt mit dieser Unterstützung das besondere Engagement der Sudbrackschule. Leider stehen keine Mittel für weitere Unterstützung eines Frühstücksangebots zur Verfügung.

Die Bezirksvertretung beschließt die Ausgabe von Sondermitteln 2023 wie folgt und fasst folgenden

**Beschluss:**

Sudbrackschule	Frühstück	1.000,00 €
----------------	-----------	------------

---

**Zu Punkt 19 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 19.1 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Kunstwerk "Spielende Kinder" an der Sekundarschule Gellershagen schützen (gem. Antrag 5410/2020-2025 der Fraktionen SPD, Die Linke und B 90/Die Grünen vom 15.1.2023)**

*Die Bezirksvertretung Schildesche beantragt, dass kleine Kunstwerk „Spielende Kinder“ während der Bau- und Umbauphase der Sekundarschule Gellershagen besonders zu schützen. Das Kunstwerk ist im Stadtteil und an der Schule bekannt und beliebt.*

Der ISB antwortet wie folgt:

Der ISB wird das Kunstwerk (Bronzeskulptur auf Kalksteinsockel) im Außenbereich der ehemaligen Hauptschule Brodhagen im Zuge der Vorbereitungen für die Baumaßnahme „Schulcampus Gellershagen“ fachgerecht schützen oder für die Bauzeit sicher einlagern.

Bei dem Kunstwerk handelt es sich um ein Werk von Hans Grohé (ehem. Lehrer an der Werkkunstschule Bielefeld). Es wurde im Jahre 1958 vor Ort aufgestellt und hat den Titel „Zwei Mädchen“ (lt. Bestandsaufnahme Reinhard Vogelsang, Katalog Seite 164).

---

**Zu Punkt 19.2 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Wiedereröffnung der Bürgerberatung Schildesche (Antrag 4874/2020-2025 der CDU-Fraktion vom 11.10.2022 mit Änderungsantrag 4966/2020-2025 der Fraktionen SPD, Die Linke, B 90/Die Grünen vom 20.10.2022)**

Die Nachfragen aus der Sitzung am 26.1.2023 beantwortet das Bürgeramt wie folgt:

*Ist es möglich, mobile Angebote als weitere dezentrale Möglichkeiten zu schaffen?*

Antwort:

Die Antwort der Verwaltung zur Sitzung am 26.01.2023 wird um folgenden Hinweis ergänzt: Es ist technisch grundsätzlich möglich, ein solches Angebot zu unterbreiten.

*Erweiterung der Servicezeiten um einen weiteren Nachmittag:*

Antwort:

Die vom Oberbürgermeister verfügten Öffnungszeiten sehen für die Ein-Personen-Standorte der Bürgerberatung und somit auch für den Standort Schildesche eine Öffnung an zwei Vormittagen pro Woche jeweils in der Zeit von 9-13 Uhr vor. Die Verwaltung kehrt damit zum vor Corona bestehenden Status quo zurück.

-.-.-

**Zu Punkt 19.3 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Hinweise auf mangelnde Barrierefreiheit bei Straßenbahnhaltestellen in Schildesche (Antrag 4873/2020-2025 der CDU-Fraktion vom 11.10.2022)**

Ergänzend zur Antwort vom 26.1.2023 (s. Niederschrift zur 21. Sitzung, TOP 16.5) teilt das Amt für Verkehr in Abstimmung mit MoBiel mit:

- Akustische Ansage in der Stadtbahn:  
Derzeit werden die Vor- und Nachteile dieser Maßnahme bei mo-Biel erörtert.
- Visuelle Anzeige in der Stadtbahn:  
Auf den Bildschirmen sind entsprechende Symbole im Fahrtverlauf hinterlegt, die Umsetzung ist erfolgt.
- Visuelle Anzeige auf Netz- und Fahrplänen:  
Die Stadtbahn-Haltestellen sind in den schematischen Netzplänen entsprechend gekennzeichnet, die Umsetzung ist erfolgt.  
Im Busbereich und in den geografischen Plänen sind diese Informationen nicht mehr darstellbar.
- In der EFA-Fahrplanauskunft/APP:  
In der Auskunft und App wurden textliche Hinweise an den nicht barrierefreien StadtBahn-Haltestellen eingepflegt.

-.-.-

**Zu Punkt 19.4 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Erweiterung des Tempo 30 km/h-Bereichs auf der Apfelstraße in Höhe**

**Ditfurthstraße (gem. Antrag 2888/2020-2025 der Fraktionen SPD, B 90/Die Grünen und Die Linke vom 14.11.2021)**

Das Amt für Verkehr teilt zur Anfrage Erweiterung des Tempo 30-Bereichs auf der Apfelstraße in Höhe Einfahrt Ditfurthstraße mit:

Der bereits bestehende Tempo 30-Bereich wurde zwischenzeitlich um die östliche Straßenseite erweitert. Zusätzlich wurde eine Verbindung der Tempo 30-Bereiche Stiftsschule und Martin-Niemöller-Gesamtschule angeordnet, um damit zu einer Verstetigung des Verkehrsflusses und Erhöhung der Verkehrssicherheit beizutragen. Insgesamt besteht somit zwischen Ditfurthstraße und An der Reegt tagsüber eine Tempo 30-Regelung auf einer Länge von rd. 450 Metern.

---

**Zu Punkt 19.5 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Installation einer Lichtsignalanlage an der Einmündung Beckhausstraße/Westerfeldstraße (gem. Antrag 3650/2020-2025 der Fraktionen SPD, Die Linke und B 90/Die Grünen vom 14.3.2022)**

Das Amt für Verkehr teilt zur Anfrage Lichtsignalanlage Beckhausstraße. / Westerfeldstraße mit:

Die endgültige Entscheidung zur Lichtsignalanlage findet in Abhängigkeit der weiteren Planungen zum Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule statt. Die Lichtsignalanlage ist Bestandteil des Verkehrskonzeptes und wird entsprechend berücksichtigt. Über den weiteren Verlauf der Planungen wird die Bezirksvertretung informiert.

---

**Zu Punkt 19.6 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Einrichtung eines Zebrastreifens... Horstheider Weg (gem. Antrag 2631/2020-2025 der Fraktionen B 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 15.10.2021)**

Das Amt für Verkehr teilt zur Anfrage Einrichtung eines Zebrastreifens ...Horstheider Weg mit:

Die Bezirksvertretung Schildesche hat nochmals um Prüfung gebeten, ob nicht doch ein FGÜ angebracht werden könne, weil dies auch schneller umsetzbar wäre.

Die Verwaltung hat deshalb nochmals die Möglichkeiten für einen Fußgängerüberweg (FGÜ) geprüft. Ein FGÜ auf Höhe des südlichen Gehweges Benzstraße wäre aufgrund der Bushaltestellen technisch nicht umsetzbar. Zudem werden hier die für einen FGÜ erforderlichen Querungszahlen nicht

erreicht, weshalb auch die vorgeschriebene Bündelung des Fußverkehrs nicht gegeben ist. Dies trifft auch auf die nördlich gelegene Wegeführung zu.

Auf Höhe des Spielplatzes (mittlere Wegeverbindung) wäre ein FGÜ technisch machbar, dürfte verkehrsrechtlich jedoch ohne vorherige umfangreiche bauliche Veränderungen im Grünzug nicht angeordnet werden. Im Verlauf dieser vom Rad- und Fußverkehr gemeinsam genutzten und stark frequentierten Wegeverbindung darf ein FGÜ nicht angelegt werden. Erforderlich wäre deshalb auf beiden Seiten des Horstheider Weges eine frühzeitige, innerhalb des Grünzuges gelegene Trennung des Radverkehrs vom Fußverkehr. Aufgrund des dafür notwendigen baulichen, zeit- und kostenintensiven Aufwandes kann die Verwaltung die Umsetzung einer solchen Maßnahme jedoch absehbar nicht in Aussicht stellen.

Insbesondere aufgrund der notwendigen Beleuchtungsausstattung erfordert die Einrichtung eines FGÜ einen vergleichbaren Bauzeitraum wie eine Lichtsignalanlage.

Für die Zwischenzeit prüft die Verwaltung gemeinsam mit der Polizei die Anordnung von Tempo 30 im gesamten Querungsbereich. Mit einem Ergebnis ist spätestens Anfang April zu rechnen.

-.-.-